Frage und Antworten zu dem

Vertrag für Transportkapazitäten der Deutschen Bahn für die Bundeswehr vom 1.1.2019

Bundeswehr: „Da bewegt sich was“ (bmvg.de)

Briefe an Deutsche Bundesbahn, den Vorstandsvorsitzenden der Deutsche Bahn AG, Ministerium der Bundesverteidigung, Deutscher Bundeswehrverband, Bundeskanzlerinnenamt, Bundespräsidialamt, DB Fernverkehr, Bahn Card Service, Die LINKE, junge Welt, Deutschlandfunk …

geschrieben am 22. Januar 2019 von Heiner Bücker, AntiWarCafé; Ana Barbara Banausin von Keitz, URAN-Munition Berlin; Wilfried Pommerehnke, Berlin; Cornelia Praetorius, Mütter gegen Krieg, Berlin

Ana Barbara von Keitz,
Carmerstr. 9

10623 BERLIN

Berlin, den 22. Januar 2019,

Wir, die Unterzeichnenden haben folgenden schockierenden und empörenden Sachverhalt erfahren:

Seit 1.1.2019 führt die Bundeswehr für einen Zeitraum von 12 Monaten die „Speerspitze" im Baltikum. Zugleich trat ohne größere öffentliche Aufmerksamkeit ein Vertrag in Kraft, der deutlich macht, mit welcher Entschlossenheit die NATO-Staaten und die Bundesregierung eine Vorbereitung für eine kriegerische Konfrontation mit Rußland treffen. Erstmals sicherte sich die Bundeswehr bei der DB Transportkapazitäten für Panzer und andere Rüstungsgüter bis an die Grenze Rußlands. Es geht dabei nicht um einzelne Wagen, die an Güterzüge angehängt werden, sondern um vollständige Züge, von denen im Verlauf des Jahres 2019 weit über 1000 Richtung Osten rollen können.

Zu den „Highlights" des mit fast 100 Mill. € dotierten Vertrages zw. Bahn und BW gehören unter anderen die zusätzliche Vorhaltung von 300 Waggons und Lokomotiven mit dem Potenzial für über 1300 jährliche Transporte sowie die Umkehr der „Vorfahrt-Regel". Künftig soll Militärtransporten erstmals gegenüber dem zivilen Personenverkehr Priorität eingeräumt werden.

Die Quelle dieses Textes ist für uns die „Informationsstelle Militarisierung e.V."

Wir beobachten mit Zorn seit Jahren eine ständig zunehmende Mobilisierung der NATO-Streitkräfte und eine von Rußland nicht provozierte Militarisierung unserer ganzen Gesellschaft, die durch dieses Vertragswerk - das Tatsachen schafft - nochmals verschärft wird.

Wir erwarten von Ihnen eine Antwort.

Mögen wir fähig werden zu innerem und äußerem Frieden!

i. A. Ana B. von Keitz

Heiner Bücker, AntiWarcafé Berlin, Ana Barbara von Keitz, URAN-Munition Berlin; Wilfried Pommerehnke, Berlin; Cornelia Practorius, Mütter gegen Krieg, Berlin

Briefe an den Vorstandsvorsitzenden der Deutsche Bahn AG, das Bundesministerium der Verteidigung, das Bundeskanzlerinnenamt, das Bundespräsidialamt, die DB Fernverkehr AG, den BahnCard Service, an Die Linke, junge Welt, Deutschlandfunk

Betreff **Mobilmachung**
Von <gold.bach@posteo.de>
An <Marco.Bertolaso@deutschlandradio.de>
Datum 27.01.2019 17:51

- Wir.docx (15 KB)
- zarenreich.pdf (236 KB)
- Farben.docx (2,8 MB)

Sehr geehrter Herr Dr. Bertolaso,

vor zwei Wochen erfuhr ich von einem Vertrag zwischen der Bundesbahn und der Bundeswehr. Ich war so erschrocken und empört, daß ich zusammen mit einigen wohlwollenden Bekannten den beigefügten Brief formulierte und absandte.

Ich füge weiterhin meinen Text "Farbenrevolutionen" an. Um die "Dekompositions-theorie" alias "Orangenschale" im Heute mit ihrer Bedrohung für uns alle, zu erfassen, bitte ich Sie, nur noch den aktuellen "Stationsplan" der NATO "in" der Orangenschale anzu-schauen.

Falls Sie dies alles noch nicht wußten, jetzt jedoch wissen, frage ich Sie, ob Sie darüber eine Sendung in Auftrag geben könnten und falls es eine Sendung darüber bereits gibt, bitte ich Sie sehr, mir die Sendezeit zu nennen

Mögen wir fähig werden zu innerem und äußeren Frieden nah und fern

Ana Barbara von Keitz

Bundesministerium
der Verteidigung

Team Bürgerdialog
Presse- und Informationsstab

Bundesministerium der Verteidigung, 11055 Berlin

Frau
Ana Barbara von Keitz
Carmerstr. 9
10623 Berlin

HAUSANSCHRIFT Stauffenbergstraße 18, 10785 Berlin
POSTANSCHRIFT 11055 Berlin

TEL +49 (0)30 2004-22 196
FAX +49 (0)30 2004-22 197
E-Mail BMVgPrInfoStabBuergerdialog@bmvg.bund.de

BETREFF **Ihr Schreiben vom 22.01.2019**
Berlin, 05. Februar 2019

Sehr geehrte Frau von Keitz,

zu Ihem Schreiben nehmen wir wie folgt als Ministerium der Bundesregierung Stellung:

Die Einrichtung der von Ihnen angesprochenen „Speerspitze" ist eine politische Entscheidung der NATO-Mitgliedsstaaten und geht auf den NATO-Gipfel in Wales 2014 auf Grund der Krimkrise und des Konflikts in der Ukraine zurück.
Diese Entscheidung ist sehr transparent auch in die deutsche Gesellschaft kommuniziert worden (z.B. durch Begleitung der Vorbereitung von Medienvertretern).

Seit dem 1.1.2019 hat Bundeswehr die Führung der Very High Readiness Joint Task Force Land (VJTF L=Land) übernommen.
Die VJTF ist die sogenannte Schnelle Speersitze der NATO.
Das sind schnell verlegbare und flexibel zusammenstellbare Einsatzkräfte.
Damit befinden sich die deutschen Kräfte in der sogenannten Stand-By-Phase, vergleichbar einer Art Rufbereitschaft.
Mit der Übernahme der Schnellen Speerspitze der NATO leistet Deutschland einen herausragenden Beitrag zur Sicherheit des gesamten Verteidigungsbündnisses.
Ziel der NATO ist es, ein deutliches Zeichen gegenüber potenziellen Aggressoren zu setzen.
Die VJTF(L=Land) Brigade besteht aus rund 8.000 Soldaten aus verschiedenen Nationen.
Der deutsche Beitrag besteht aus rund 4.000 Heeres-Soldatinnen und Soldaten plus 1.000 Soldatinnen und Soldaten der anderen Organisationsbereiche der Bundeswehr (Streitkräftebasis, Zentraler Sanitätsdienst, Cyber- und Informationsraum).

Deutschland liegt im Herzen Europas und ist dadurch Transitland und Drehscheibe für militärische Transporte unserer alliierten Partner.
Diese Transporte finden regelmäßig statt und sind Teil des Austausches und Aufwuchses von militärischen Kräften in Europa.

Dazu gehört auch die bevorstehende Truppenverlegung unserer amerikanischen Partner von Ende Januar bis Mitte Februar 2019.
Hierbei tauscht die US-Armee ihre an der Ostflanke der NATO eingesetzten Truppen aus.
Die Transporte starten in Belgien und führen durch Nordrhein-Westfalen, Nidersachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Sachsen.
Bei Bedarf und auf Anfrage kann die Bundeswehr diese Transporte mit sogenannten Host Nation Support (HNS) unterstützen.
Host Nation Support umfasst alle zivilen und militärischen Unterstützungsleistungen eines Gastgeberstaates (Host Nation) für verbündete Streitkräfte auf dem Hoheitsgebiet des Gastgeberstaates.
Deutschland kommt damit seinen NATO-Verpflichtungen nach.
Seit der Wiedervereingung 1990 ist die Bundeswehr von 495.000 Soldatinnen und Soldaten auf nunmehr 180.000 Soldatinnen und Soldaten reduziert worden, viele Standorte und Kasernen der Bundeswehr wurden geschlossen. 2011 wurde die Wehrpflicht ausgesetzt. Alleine diese politisch herbeigführten Entscheidungen belegen, dass die Bundesrepublik Deutschland weder eine agressive Außenpolitik betreibt noch einne nach innen gerichtete Militarisierung der Gesellschaft vornimmt.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag
Team Bürgerdialog

Bundesministerium der Verteidigung
Presse- und Informationsstab
11055 Berlin

Bundeswehr.
Wir. Dienen. Deutschland.

Deutsche Post
FRANKIT 0,70 EUR
06.02.19 1D1900042D

DB Fernverkehr AG • Postfach 10 06 13 • 96058 Bamberg

Frau
Ana Barbara von Keitz
Carmerstr. 9
10623 Berlin

DB Fernverkehr AG
Kundendialog
Postfach 10 06 13
96058 Bamberg
www.bahn.de

Telefon 0180 6 996633*
www.bahn.de/kontakt
Zeichen 1-122110092290

*20 ct/Anruf aus dem Festnetz,
Tarif bei Mobilfunk max. 60 ct/Anruf

8. Februar 2019

Transportkapazitäten der DB für die Bundeswehr

Sehr geehrte Frau von Keitz,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 22. Januar 2019.

Zu dem von Ihnen geschilderten Sachverhalt liegt uns derzeit keine offizielle Bestätigung vor. Haben Sie bitte Verständnis dafür, dass wir zu Informationen aus öffentlichen Medien keine Stellung nehmen können.

Unabhängig davon danken wir Ihnen, dass Sie sich die Zeit genommen haben, uns zu schreiben.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Maren Reinsch

Maren Reinsch
Leiterin Kundendialog

P.S.: Für Ihre Anregungen, Lob und Kritik sind wir jederzeit gern unter 0180 6 996633 (20 ct/Anruf aus dem Festnetz, Tarif bei Mobilfunk max. 60 ct/Anruf) für Sie da. Sie erreichen uns rund um die Uhr mit dem Stichwort *Kundendialog* im Hauptmenü.

DB Fernverkehr AG
Sitz Frankfurt am Main
Registergericht
Frankfurt am Main
HRB 83 173
USt-IdNr.: DE 260656754

Vorsitzender
des Aufsichtsrates:
Berthold Huber

Vorstand:
Joachim Müller
Dr. Philipp Nagl
Dr. Michael Peterson
Heinz Siegmund

Nähere Informationen zur Datenverarbeitung im DB-Konzern finden Sie hier: www.deutschebahn.com/datenschutz

Betreff	**AW: Vertrag für Transportkapazitäten der Bahn für die Bundeswehr vom 1.1.2019**
Von	Bertolaso, Dr. Marco <Marco.Bertolaso@deutschlandradio.de>
An	<gold.bach@posteo.de>
Kopie	Schäfer, Barbara <Barbara.Schaefer@deutschlandradio.de>, Hörerservice, Deutschlandradio <Hoererservice@deutschlandradio.de>
Datum	19.02.2019 15:29

Sehr geehrte Frau von Keitz,

auf Ihre Mail bin ich jetzt erst aufmerksam geworden. Ich möchte meiner Kollegin Barbara Schäfer nicht vorgreifen, von uns kann ich aber folgendes sagen:

Es handelt sich um Logistik, die für deutsche Verpflichtungen im Rahmen der sogenannten NATO „Speerspitze" organisiert wurde. Wie auch bei großen Manövern, wie dem gerade in Norwegen, nutzt die Bundeswehr für den Transport von Material auch zivile Kapazitäten. Das Bundesverteidigungsministerium hat über den konkret angesprochenen Vertrag im Dezember unter folgendem Link informiert:
https://www.bmvg.de/de/aktuelles/bundeswehr-da-bewegt-sich-was-29692

Man mag den Vorgang kritisieren, er ist aber weder unüblich noch eine Geheimaktion.

Beste Grüße, Marco Bertolaso

-----Ursprüngliche Nachricht-----
Von: gold.bach@posteo.de [mailto:]
Gesendet: Montag, 18. Februar 2019 19:31
An: Hörerservice, Deutschlandradio
Betreff: Vertrag für Transportkapazitäten der Bahn für die Bundeswehr vom 1.1.2019

Sehr geehrte Frau Schäfer,

ich habe die folgende Informantion 2x an Herrn Dr. Bertolaso ab dem 27. Januar 2019 geschickt,
jedoch weder eine formelle Bestätigung noch eine Antwort erhalten. Ich wende mich nun an Sie - weil ich viele Ihrer Sendungen sehr sehr gut - finde mit der Frage, ob in Ihrem Machtbereich ein Interesse an dieser "Neuerung" einer Friedenssicherung besteht.
Weitere Informationen schicke ich Ihnen gern

mit freundlichen Grüßen
Ana Barbara von Keitz

Bundeswehr: Da bewegt sich was

Der Haushaltsausschuss des Bundestages hat am 13. Dezember erneut zwei 25-Millionen-Vorlagen des Verteidigungsministeriums gebilligt. Eine Investition gilt einem Rahmenfrachtvertrag für Schienentransporte im internationalen Verkehr inklusive Vorhalteleistungen, die andere der Beschaffung eines erweiterten Trainingssimulators für die Ausbildung der Piloten des Mehrzweckkampfflugzeugs Eurofighter.

Signal auf grün für Schienentransporte der schnellen NATONorth Atlantic Treaty Organization-Eingreiftruppe VJTFVery High Readiness Joint Task Force

Der Rahmenvertrag für Schienentransporte ermöglicht die Verlegung deutscher Kräfte der Very High Readiness Joint Task Force (VJTFVery High Readiness Joint Task Force) in den Jahren 2019 und 2020. Darüber hinaus wird er künftig als Vertragsgrundlage für alle übrigen Auslandstransporte der Bundeswehr auf dem Schienenweg dienen. Das maximale Finanzvolumen beträgt rund 97,5 Millionen Euro.

Effizient und schnell: Die Verlegung per Eisenbahntransport.

Der Rahmenvertrag setzt sich aus drei Elementen zusammen: Grundleistung ist die Erbringung von Transporten im Regelverfahren und ohne Einsatzbezug im internationalen Verkehr.

Für die hochpriorisierten Transporte im Rahmen der VJTFVery High Readiness Joint Task Force wurden gesichert verfügbare Expresstransporte für den Einsatzraum mit einer verkürzten Bereitstellungszeit von wenigen Tagen im Jahr 2019 vereinbart. 2020 sollen die Transporte innerhalb eines geringeren Bereitschaftsgrades zur Verfügung stehen, diese sind mit den Bereitschaftszeiten der deutschen VJTFVery High Readiness Joint Task Force -Anteile harmonisiert.

Daneben enthält der Rahmenvertrag einen verbindlichen Transportplan für eine Verlegung von Gefechtsfahrzeugen und Containern nach Litauen. Die DB Cargo AG hält laut Vertrag unter anderem von rund 300 Waggons vor, um die kurzen Bereitstellungs- und Transportzeiten gewährleisten zu können.

Quelle: www.bmvg.de/de/aktuelles/bundeswehr-da-bewegt-sich-was-29692

BUNDESPRÄSIDIALAMT
Verbindungsoffizier beim Bundespräsidenten

BERLIN, 28. Februar 2019
Spreeweg 1

Geschäftszeichen: VO-911 00-4-1/2017
(bei Zuschriften bitte angeben)

Frau
Ana Barbara von Keitz
Carmerstr. 9

10623 Berlin

Sehr geehrte Frau von Keitz,

der Bundespräsident hat mich gebeten, Ihnen für Ihren Brief vom 22. Januar 2019 zu danken. Er bittet um Verständnis dafür, dass er Ihnen angesichts der Fülle der ihn erreichenden Post nicht persönlich antworten kann. Ich möchte meinerseits um Nachsicht für die späte Antwort auf Ihren Brief bitten, die auch mehreren zwischenzeitlichen Auslandsreisen in Begleitung des Bundespräsidenten geschuldet ist.

Die in Ihrem Schreiben und von den Unterzeichnenden angesprochene Sorge um Frieden in Europa und in der Welt bewegt auch den Bundespräsidenten.

Anlässlich der Preisverleihung des Westfälischen Friedenspreises an die drei baltischen Staaten am 14. Juli letzten Jahres in Münster hat der Bundespräsident seiner Überzeugung Ausdruck verliehen, dass es das höchste Ziel und die vornehmste Aufgabe der Diplomatie ist, den Frieden zu bewahren und sich für den Frieden einzusetzen. Die diesjährigen Gedenktage zum Ende des Ersten Weltkriegs, die Erinnerung im kommenden Jahr an das Attentat auf Adolf Hitler, an die Bombardierung einer Vielzahl von Städten, an die Befreiung der Konzentrationslager sowie nicht zuletzt an des Ende des Zweiten Weltkriegs, die sich zum 75. Mal jähren, wurden und werden vom Bundespräsidenten in diesem Sinne wahrgenommen und in unterschiedlicher Weise thematisiert.

Mit Blick auf das Baltikum und Russland äußern Sie Ihre berechtigte Sorge vor einer neuen Spirale der Militarisierung. Auch aus Sicht des Bundespräsidenten kann niemand kann leugnen, dass sich das sicherheitspolitische Umfeld in Europa verändert hat und die Risiken zugenommen haben. Seit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim durch Russland musste die Frage von Krieg und Frieden auf europäischem Boden wieder beantwortet werden. In dieser Hinsicht kann der Bundespräsident Ihre Bewertung, dass von Russland keine Provokation ausginge, leider nicht teilen.

...

Briefanschrift: Bundespräsidialamt 11010 Berlin, Internet: http://www.bundespraesident.de
E-Mail: joachim.hoppe@bpra.bund.de

Telefon: (030) 2000 - 0 Behördennetz: (01888) 500 - 0 (Durchwahl: - 2030)
Telefax: (030) 2000 - 1999 Behördennetz: (01888) 500 - 1999 (Durchwahl: - 1913)

Eine für ihn aus der von Ihnen angesprochenen gegenwärtigen sicherheitspolitischen Lage resultierende Schlussfolgerung lautet, dass es in Deutschland, in Europa und in der NATO eine Verständigung darüber geben muss, wie man langfristig das Verhältnis zu den heute schwierigen Partnern gestaltet. Eine Debatte, die sich die Europäer aus Sicht des Bundespräsidenten nicht ersparen dürfen und die Ergebnisse benötigt, die nicht mit beiden Füßen in den Wolken stehen.

Der Bundespräsident zitiert gern Willy Brandt: „Der Frieden ist nicht alles, aber alles ist ohne den Frieden nichts."

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Joachim Hoppe
Oberst i.G

i. G.

Von: gold.bach@posteo.de <gold.bach@posteo.de>
Gesendet: Montag, 18. März 2019 18:00
An:
Betreff: Wir

Hallo
falls Du es noch nicht weißt: die Bundeswehr und DB haben am 1. Januar 2019 einen Vertrag für Transportkapazitäten bis nach Litauen geschlossen -

Ich habe mit zwei Anderen Briefe geschrieben, auch Antworten erhalten.
An die Eisenbahner habe ich nicht gedacht und möchte jetzt auch an sie schreiben: könntest Du mir die Anschriften der beiden Gewerkschaften schicken? (email) Oder hättest Du noch andere Ansprechpartner?

Mit Gruß ana

Hallo, Ana!

Von der Aktion hatte ich bereits einen Flyer in der Hand.

Begeistert bin ich als friedlebender und freiheitsliebender Mensch von Militäreinsätzen (und demzufolge auch -transporten) natürlich nicht!

Groß helfen kann ich dabei leider nicht. Die paar Kollegen der DB AG, die ich kenne, sind mehr aus dem operativen Geschäft.

Dass Du die Antwort von der DB Fenrverkehr AG bekommen hast wundert mich jedoch. Meiner Meinung nach fällt das Thema eher in die Zuständigkeiten der DB Cargo AG und/oder der DB Netz AG, da diese im Konzern DB AG für die Durchführung von Güterverkehren bzw. das Netz (und der Trassenbereitstellung) verantwortlich sind. Die DB Fenverkehr AG wäre tendenziell eher betroffen von den ggf. geänderten Vorrangregelungen.

Mit dem Thema selbst habe ich mich nicht eingehend genug befasst, weshalb ich dazu auch keine zitierfähige Quelle sein kann und möchte. Ich denke jedoch, dass es sich bei den in dem Bericht der IMI beklagten fehlenden Güterwagen um Waggons ganz anderer Typen handelt. Für militärische Zwecke genutzte Waggons sind meines Erachtens nach nicht so unbedingt für andere Verwendungszwecke geegnet (selbst für den Zirkus nicht). Übrigens werden schon seitjeher auch durch die Deutsche Bahn AG (genau wie früher durch die Deutsche Bundesbahn in der BRD und die Deutsche Reichsbahn in der ehem. DDR) Militärtransporte durchgeführt. Auch wenn die hier beschiebenen Verkehre womöglich eine andere Dimension aufweisen.

Vermutlich ist es eher sinnvoll, das Schreiben an die Deutsche Bahn AG, Potsdamer Platz 2 in 10785 Berlin zu richten. Der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bahn AG ist bekanntlich Richard Lutz.

Dabei würde ich emfpehlen, auf die Verwendung der korrekten Bezeichnungen zu achten: Seit dem 1. Januar 1994 handelt es sich bei der bundeseigenen Bahn umd die Deutsche Bahn AG (DB AG) mit ihren Konzerntöchtern. Deutsche Bundesbahn (DB) und Deutsche Reichsbahn (DR) sind im Rahmen der Bahnreform in der DB AG aufgegangen. Also bitte nicht *Bundesbahn* schreiben, wenn deren Rechtsnachfolger, die Deutsche Bahn AG gemeint ist. Dieser Fehler ist mir bereits auf dem Flyer aufgefallen.

Es gibt übrigens in Deutschland nicht nur die Deutsche Bahn AG, sondern mehr als 450 zugelasene Eisenbahnverkehrsunternehmen (EVU), bundeseigene und sogenannte nichtbundeseigene Eisenbahnen (NE-Bahnen, die sog. "Privatbahnen").

Bei den bei der Deutschen Bahn AG relevanten Gewerkschaften handelt es sich um die Eisenbahn- und Verkehrsgesellschaft (EVG) sowie die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL). Kontaktadressen sind sicher auf deren Webseiten zu finden.

Hoffentlich konnte ich Dir mit meinen Ausführungen weiterhelfen.

Beste Grüße

DIE LINKE
Bundesgeschäftsstelle

DIE LINKE.

Karl-Liebknecht-Haus
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin

Postanschrift:
Postfach 21 100
10178 Berlin

Telefon: 030 2 40 09-550
Telefax: 030 2 41 10 46

bundesgeschaeftsstelle@die-linke.de
www.die-linke.de

Berliner Sparkasse
Konto-Nr. 13 22 57 31
BLZ 100 500 00

IBAN: DE96 1005 0000 0013 225731
BIC: BELADEBEXXX

DIE LINKE, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Ana Barbara von Keitz
Carmerstr. 9
10623 Berlin

Berlin, den 09.04.2019

Sehr geehrte Frau von Keitz,

Ihren Brief vom 22.01.2019 haben wir erhalten. Wir bitten zu entschuldigen dass Sie diese Antwort erst so viel später erreicht. Da es hier im Haus einige Personalveränderungen gab, ist Ihr Brief im Übergabeverfahren leider zunächst untergegangen und hat nun erst jetzt seinen Weg auf meinen Tisch gefunden. Das ist ein Fehler auf unserer Seite, der nicht hätte passieren dürfen. Ich hoffe Sie haben dennoch Verständnis.

Nun zur Sache: Die Rolle der Bundeswehr bei der NATO-Speerspitze „Very High Readiness Joint Task Force" (VJTF) ist in der Tat als fatales Signal zu bewerten. Mehr als das: sie ist aus unserer Sicht brandgefährlich. Dass deutsche Soldaten heute wieder an die Grenzen Russlands rücken um dort „Krieg zu spielen" ist ein unerträglicher Zustand. Gregor Gysi hat es - so finde ich - immer damit auf den Punkt gebracht dass der Westen nach dem „Ende" des Kalten Krieges einfach nicht aufhören konnte zu siegen, seine Einflusssphäre entgegen aller Absprachen (!) immer weiter gen Osten ausgedehnt hat und dabei die Interessen Russland mit Füßen getreten hat. Wir haben heute eine Situation in der die NATO ein Rüstungsbudget i.H.v. mehr als 900 Mrd. hat, Russland mit gerade einmal 60 (!) Mrd. als der Aggressor gilt. Da stimmt etwas ganz und gar nicht. Wir als LINKE bleiben dabei: Es kann Frieden nur mit Russland, nie gegen Russland geben. Die NATO gehört überwunden und durch ein neues Sicherheitsbündnis unter Einbeziehung Russlands ersetzt. Das muss unser Ziel sein!

Speziell zur Rolle der Bundeswehr in der VJTF finden Sie hier ein interessantes Interview, das ich Ihnen ans Herz legen möchte: https://de.sputniknews.com/politik/201901033234841 41-deutschlands-nato-zukunft/

Mit herzlichen Grüßen,

Georg Wickert

Bundesgeschäftsstelle der Partei DIE LINKE
Bürgerdialog / Medien / Öffentlichkeitsarbeit
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin

Tel: 030 / 24009-0

100% SOZIAL DIE LINKE.
Parteivorstand
Kleine Alexanderstraße 28 · 10178 Berlin

Deutsche Post
FR 10.04.19 0,70

3D 1300 0120
00 001F 012F

1 K4000 01801

Kein Frieden ohne Abrüstung!

DIE LINKE.

Ana Barbara von Keitz

10623 Berlin, den 23.Oktober 2019

Carmerstr. 9

An den Vorstandsvorsitzenden der Deutsche Bahn AG

Potsdamer Platz 2 in 10785 Berlin

Herrn Richard Lutz

„Wir sind die Guten."

Holla, Herr Lutz,

ich beziehe mich auf Ihr Interview im Tagesspiegel vom 21. Mai 2019.

Je länger ich mit meiner Reaktion auf Ihr Interview gezögert habe, desto erschreckender für mich wurden und werden die danach veröffentlichten Mitteilungen, z.B. „freie Fahrt" nun auch mit der Bundesbahn für Bundeswehrsoldaten oder das Frühjahrsmanöver der NATO „Defence 2020" in Richtung Rußland.

Unsere Vorfahren, die Bauern, haben im Frühjahr ihre Geräte eingesegnet und im Herbst ausgesegnet. Wir, die Nachfahren haben diese dem Leben zum leben gewidmeten Rituale pervertiert – Frühjahrsmanöver/Herbstmanöver.

Das meiste, was Sie als Antworten geben, ist wirklich „toll". Was jedoch noch toller ist und von Ihnen nicht angesprochen noch ausgesprochen noch mitgeteilt wird, das ist der **Rahmenfrachtvertrag für den internationalen Schienentransport zwischen Bundesbahn und Bundeswehr vom 1. Januar 2019** bis an die Grenzen Rußlands.

Darin abgemacht u.a. eine zusätzliche Vorhaltung von 300 Waggons und Lokomotiven mit dem Potenzial für über 1.300 jährliche Transporte sowie – **erstmalig seit 1945** – die Umkehrung der „Vorfahrt-Regel": Militärtransporte haben Vorfahrt vor dem zivilen Personenverkehr. (Auf der Internetseite der Bundeswehr hat die Mitteilung über diesen Vertrag die Überschrift „Da bewegt sich was"). Dieser Spaß soll fast 100 Mill. € kosten.

Aus welchem Töpflein werden sie geschöpft?

Warum haben Sie in Ihrem Interview über diese Leistungen der Bundesbahn nicht gesprochen?

Und hier als positives: vermindern Sie als Verantwortlicher damit die gewaltigen Schadstoffbelastungen weltweit und auch in diesen Augenblicken durch das Militär,

indem Sie Panzer und andere Scheußlichkeiten auf den „Rücken" der schadstoffarm fahrenden bundesbahneigenen Wagen transportieren lassen?

Auf der gleichen Seite links unten ist in dem Beitrag „Auf der alten Schiene" von Dieter Fockenbrock (HB) im vorletzten Satz, einem einzigen Satz zu lesen, was Sie *ausgespart* haben: „Aber die Kommission hat jetzt in Abstimmung mit der NATO einen Aktionsplan zur Verbesserung der militärischen Mobilität vorgelegt, der auch den Eisenbahnverkehr betrifft." (Hier hinein gehört die europaweite Überarbeitung der Brücken zu Panzerüberquerungen.)

Für wen sind Sie „die Guten"?

Abgesehen von den Finanzierungen = wie will die Bundesbahn bei der jetzt schon starken Auslastung des Schienennetzes und beklagten Unpünktlichkeit Pünktlichkeit des zivilen Zugverkehrs garantieren? Und bei dieser Verkehrsdichte (Personen- und Gütertransport) auch noch Sicherheit garantieren?

In meinem Brief schicke ich Ihnen meine Reaktion und von ebenso Entsetzten auf die Information über diesen Vertrag mit. Wir haben von fast allen eine Antwort erhalten. Vom Bundespräsidenten zwar nicht persönlich, doch passend von einem „Verbindungsoffizier beim Bundespräsidenten" aus dem Bundespräsidialamt.

Weiterhin beziehe ich mich in drei Beispielen auf die Farben des Logos der Bundesbahn zur Erinnerung an eines der uralten Symbole „rot/weiß" für Leben, das, bei Militär-Manövern beibehalten, mißbraucht/vergewaltigt wird, weiterhin wie eine Lokomotive behindert werden kann, zerstörerisch eingesetzt zu werden (Wolf Vostell) und ich, als Keramikerin, eine Lokomotive mit dem alten handwerklichen Gruß „Mit Glück" fahren lasse.

Mögen Sie fähig werden zu innerem und äußerem Frieden nah und fern

Im Übrigen bin ich dafür: so wie es Car sharing gibt, könnte es doch auch Panzer, U-Boot und Flugzeug sharing geben.

Abschied nach 13 Jahren: Dieter Zetsche verlässt Daimler – *Seite 18*

WIRTSCHAFT

Exklusiv-Kooperation mit **Handelsblatt**

DIENSTAG, 21. MAI 2019 / NR. 23 831 | WWW.TAGESSPIEGEL.DE/WIRTSCHAFT | SEITE 17

20.05. (Schluss) ++ **S-Dax** 11.081,03 (– 2,21 %) ++ **Euro Stoxx 50** 3.369,78 (– 1,63 %) ++ **Nikkei** 21 301,73 (+ 0,24 %) ++ **Gold** 1.278,03 (+ 0,03 %) ++ **Rex** 143,48 (– 0,09 %) ++ **Euro-Bund-Future** 166,73 (– 0,22 %) ++ **Euroleitzins** 0,00% ++ **Umlaufrendite** –0,15 (+ 11,76 %) ++

KURVE *des Tages*

Deutsche-Bank-Aktien *fielen am Montag zeitweise auf ein neues Rekordtief. Mitarbeiter des größten deutschen Geldhauses wollten einem Bericht zufolge einige Tranksaktionen bei Firmen von US-Präsident Donald Trump und Schwiegersohn Jared Kushner wegen Auffälligkeiten der Finanzaufsicht melden. Spezialisten im Kampf gegen Geldwäsche hätten 2016 und 2017 empfohlen, dass über die verdächtigen Vorgänge Bericht erstattet werden sollte, schrieb die „New York Times". Führungskräfte hätten dies aber abgelehnt. Die Deutsche Bank wies die Vorwürfe am Montag zurück und betonte, dass zu keiner Zeit jemand davon abgehalten worden sei, verdächtige Vorgänge eskalieren zu lassen.*

Auf der alten Schiene

Stillgelegte Gleise sollen wieder genutzt werden

DÜSSELDORF - Sollten in den nächsten Jahren 3000 Kilometer stillgelegte Eisenbahnstrecken in Deutschland reaktiviert werden, käme das der Eisenbahnlobby zugute. Denn noch nie war die politische Unterstützung für den Schienenverkehr so groß wie jetzt. Der Koalitionsvertrag von Union und SPD widmet sich seitenlang dem Ausbau des Bahnverkehrs – aus verkehrspolitischen Gründen, aber auch, weil die klimapolitischen Ziele ohne Eisenbahn kaum zu erreichen sind.

Klimaziele sind ohne Bahnausbau nicht zu schaffen

Am Montagmorgen präsentierten die Allianz pro Schiene und der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen einen Plan, welche Strecken in Betrieb genommen werden könnten. Sie identifizierten 186 Strecken mit einer Länge von 3072 Kilometern, die für den Personen- und den Güterverkehr wieder hergerichtet werden sollten.

Oft sind es nur Trassen, meist liegen aber sogar noch die Gleise – seit Jahren ungenutzt. Sie müssten instandgesetzt werden. Aber es sei das „einfachste Instrument, um Nachfrage nach mehr Schienenverkehr schnell zu erfüllen", sagte VDV-Präsident Ingo Wortmann.

Schon in den zurückliegenden 25 Jahren seit der Bahnreform und der Umwandlung der Bundesbahn zur Deutschen Bahn AG wurden laut Allianz pro Schiene 827 Kilometer Strecke für den Personenverkehr und 359 Kilometer für den Gütertransport reaktiviert. Gemessen an den rund 6000 Kilometern stillgelegten Strecken seit der Reform, davon allein 3600 Kilometer im Personenverkehr, eine vergleichsweise geringe Zahl. Aber selbst die Wiederinbetriebnahme kurzer Streckenabschnitte kann weit reichende Wirkung haben. Etwa der drei Kilometer lange Lückenschluss vom westfälischen Gronau zur niederländischen Grenze. Nun ist wieder durchgehender Verkehr via Enschede möglich.

Dirk Flege, Geschäftsführer der Allianz pro Schiene, sagte, „die Schiene kommt zurück in Regionen, die lange verwaist waren". Im Westen Deutschlands gehen viele Stilllegungen schon auf Pläne aus den 1970er Jahren zurück. Nach der Wende wurde auf besonders vielen Nebenbahnen in Ostdeutschland der Bahnverkehr eingestellt. Möglicherweise kommt die EU den Bahnlobbyisten zur Hilfe. Strategische Bahnen sind zwar seit Langem kein Thema. Aber die Kommission hat jetzt in Abstimmung mit der Nato einen Aktionsplan zur Verbesserung der militärischen Mobilität im Rahmen der Verteidigungsunion vorgelegt, der auch den Eisenbahnverkehr betrifft. Das berichtet die Allianz pro Schiene. DIETER FOCKENBROCK (HB)

„Wir sind die Guten"

Bahnchef Richard Lutz über pünktlichere Züge und Pläne für die Zukunft des größten deutschen Staatskonzerns

Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bahn ist Richard Lutz seit 2017. *Der 55-Jährige, der aus einer Eisenbahnerfamilie stammt, ist seit 25 Jahren bei dem Konzern. Im Jahr 1994 begann er dort im Bereich Konzerncontrolling.* Foto: Mike Wolff

Der größte Staatskonzern mit seinen rund 330 000 Beschäftigten steckt in der Dauerkrise. Sorgen Sie sich um den Schienenverkehr und die Zukunft der Bahn?

Wer depressiv veranlagt ist, sollte besser nicht zur Bahn gehen. In der Tat haben wir derzeit einige schwierige Themen zu lösen. Aber wir wissen, was zu tun ist, und gemeinsam schaffen wir das – im Interesse von Kunden und Mitarbeitern. Der Schienenverkehr hat als umwelt- und klimaverträglichster Verkehrsträger glänzende Perspektiven. Wir müssen und werden diese Chance nutzen.

Personen- und Güterzüge sind oft unzuverlässig, Gleisnetze überlastet, Anlagen veraltet. Die DB ist hoch verschuldet, dringend nötige Investitionen können nicht mehr finanziert werden können ohne Notverkäufe, noch mehr Kredite oder weitere Hilfe vom Bund. Woher rührt Ihr Optimismus?

Ende des vergangenen Jahres haben wir dem Aufsichtsrat und der Bundesregierung mit unserer „Agenda für eine bessere Bahn" ein Konzept vorgelegt, das mehr Kapazitäten bei Infrastruktur, Personal und Fahrzeugen schaffen wird. Wir investieren so viel wie nie zuvor. Die Trendwende ist eingeleitet. Aber wir alle müssen die Wachstumsschmerzen noch eine Weile aushalten. Leider.

Konzern-Betriebsratschef Jens Schwarz fordert: Wir müssen endlich raus aus dem dauernden Krisenmodus! Viele Eisenbahner sind skeptisch, genervt, frustriert und fühlen sich überlastet.

Die Lage ist schwierig, aber permanentes Krisengerede macht es sicherlich nicht besser. Im Gegenteil! Sehr viel ist auf den Weg gebracht, die Richtung stimmt und erste Erfolge sind sichtbar. Daher ist mir um die Zukunft der Bahn wirklich nicht bange.

Finden Sie trotz der schwierigen Lage des Konzerns auf dem ausgedünnten Arbeitsmarkt die benötigten Mitarbeiter?

Ja! Unsere Personaloffensive läuft auf vollen Touren. Mehr als 12 000 Zusagen für Neueinstellungen sind es allein in den ersten vier Monaten dieses Jahres. Bis zum Jahresende ist fast das Doppelte geplant. Die Bahn ist ein sehr attraktiver Arbeitgeber, gerade für Menschen, die etwas bewegen wollen und denen Klima- und Umweltschutz wichtig sind. Nicht zuletzt junge Leute zieht es immer öfter zur DB. Und wir haben eine Vielzahl spannender Jobs zu vergeben.

Voriges Jahr sank der Jahresüberschuss um fast ein Drittel. Wie liefen die ersten Monate 2019?

Bei Umsatz und Ertrag liegen wir bis Ende April im Rahmen unserer Erwartungen. Die Einnahmen wachsen, besonders im Fernverkehr. Dort werden wir in diesem Jahr erneut einen Fahrgastrekord verzeichnen können. Fürs Gesamtjahr peilen wir im Konzern ein operatives Ergebnis (EBIT) von 1,9 Milliarden Euro an. Das ist etwas weniger als 2018, da müssen wir noch mehr Geld für zusätzliches Personal, Qualität und Service in die Hand nehmen. Diese Investitionen zahlen sich auf Wachstum und Beschäftigung aus.

Das größte Ärgernis für Bahnkunden sind Verspätungen der Züge

Das größte Ärgernis für Ihre Kunden sind verspätete Züge vor allem im Fernverkehr. Ist Besserung in Sicht?

Ja. Die im letzten Jahr eingeleiteten Maßnahmen wirken. Die Pünktlichkeit entwickelt sich seit Jahresanfang sehr erfreulich. Das Jahresziel im Fernverkehr sind 76,5 Prozent, und wir liegen bisher über dieser Marke. Auch der Mai läuft bisher sehr ordentlich, an vielen Tagen lagen wir sogar über 80 Prozent. Jetzt kommt es darauf an, dass wir auch gut durch den Sommer kommen.

Verkehrsminister Scheuer will mit dem Schienenbündnis und dem Deutschland-Takt 2030 die Trendwende schaffen. Ist das der richtige Weg?

Ich bin seit 1994 bei der Deutschen Bahn und habe noch keine Zeit erlebt, in der es eine so breite politische Unterstützung für die Schiene gab. Dafür bin ich sehr dankbar. Jeder weiß inzwischen, dass die Bahn elementar ist für das Erreichen unserer Klimaziele. Unsere ICE-Züge fahren bereits klimaneutral und belasten die Umwelt mit weniger als einem Gramm Treibhausgas pro Kilometer und Fahrgast. Beim Pkw sind es 139 Gramm, beim Flieger sogar mehr als 200. Also: Wir sind die Guten! Das Geld für die Bahn ist bestens investiert.

Experten schätzen, dass für einen leistungsfähigen D-Takt 2030 wenigstens 100 Milliarden Euro staatliche Investitionen ins Schienennetz nötig sind. Was denken Sie?

Klar ist, dass wir ganz enorme Investitionen brauchen und die Bundesregierung bereit ist, sehr viel mehr Geld als bisher bereitzustellen. Zudem ist erfreulich, dass die Politik mit dem Deutschland-Takt sehr langfristig und vom Ende her denkt. Wir beginnen, Zielfahrpläne zu erstellen und daraus die notwendigen Infrastrukturmaßnahmen abzuleiten. Das heißt, wir entscheiden, welche Aus- und Neubauten wir brauchen, um Metropolen künftig im Halbstundentakt zu verbinden, die Fläche optimal zu erschließen und natürlich auch ausreichend Platz für Güterzüge zu schaffen. Das ist ein Riesenfortschritt und wird den Schienenverkehr deutlich attraktiver machen.

Bei ihrer Protestdemo am Montag hat die Bahngewerkschaft EVG mehr Geld für die Schiene vom Bund gefordert.

Wichtig ist es, einen breiten Konsens in der Politik, mit den Arbeitnehmervertretern und im DB-Aufsichtsrat zu finden, um das System Schiene zu stärken. Dafür braucht es eine ausreichende Finanzierung. Denn allen sollte klar sein: Zum Nulltarif sind mehr Kapazitäten und damit eine bessere Bahn definitiv nicht zu bekommen.

Die staatlichen Investitionen ins Netz sind das eine, der hohe Finanzbedarf der DB AG ist das andere. In Ihrer Mittelfristplanung bis 2023 klafft ein riesiges Loch. Wie wollen Sie die geplanten 200 Züge, mehr Mitarbeiter und alle anderen Investitionen für mehr Qualität und Pünktlichkeit finanzieren?

Wir haben mit unserer „Agenda für eine bessere Bahn" das Preisschild genannt: fünf Milliarden Euro, die wir bis 2023 zusätzlich benötigen, um alles umzusetzen. Das ist keine kleine Hausnummer, aber sehr gut investiertes Geld. In Sachen Wachstum und Beschäftigung bleiben wir auf dem Gaspedal, während andere Konzerne konjunkturbedingt nun eher auf die Bremse treten. Und wir wollen mit dem Verkauf oder Börsengang unserer britischen Tochter Arriva einen nicht unerheblichen Teil des Geldes selbst beschaffen.

Der Brandbrief des gesamten DB-Vorstands an die Führungskräfte löste vorigen Herbst viele kritische Berichte über die schwierige Lage des Konzerns aus. Bereuen Sie die Aktion?

Dieser interne Rundbrief des gesamten Vorstandes hat ungeschminkt und ehrlich die Lage beschrieben und war ein Appell, dass alle mithelfen müssen, die Bahn besser zu machen. Mit der damals angekündigten qualifizierten Ausgabensteuerung haben wir rund 110 Millionen Euro in nur dreieinhalb Monaten eingespart, ohne dass wir beim Kunden Abstriche gemacht hätten. Damit werden wir den Konzern aus strategischer Sicht gewiss nicht gesunden. Aber es ist ein wichtiges Signal, wie sehr wir kämpfen, um unsere Ziele einzuhalten.

Die Konzernzentrale hat selbst offenbar nicht immer sparsam agiert. In den letzten Jahren wurden mehr als 500 Millionen Euro für Berater und ihre oft wenig hilfreichen Konzepte ausgegeben. „DB2020+" strebte die illusionäre Verdoppelung des Umsatzes an. Und auch das letzte von McKinsey entwickelte Konzept „Zukunft Bahn" Ihres Vorgängers Grube war ein Fehlschlag, wie auch der DB-Betriebsrat kritisiert.

„Zukunft Bahn" hatte die richtigen Ziele. Viele erfolgreiche Maßnahmen stammen aus diesem Programm. Was wir unterschätzt hatten, war der Einfluss von mangelnden Kapazitäten auf Betriebsqualität und Pünktlichkeit. Deshalb haben wir hier deutlich nachgelegt. Die Beraterkosten werden übrigens bereits in diesem Jahr gedeckelt. Hier gibt es signifikante Einschnitte.

Zum Problemprojekt Stuttgart 21: Bleibt es bei den Kosten von höchstens 8,2 Milliarden Euro und der Eröffnung Ende 2025?

Davon gehen wir derzeit aus. Aktuell sehen wir weder weitere Termin- noch Kostenrisiken. Sorgen bereitet uns jedoch die Entwicklung der Baupreise, die es auch bei anderen Projekten der Infrastruktur gibt.

Nach Ihrer vertraulichen Agenda muss die DB AG allein bis 2023 rund 3,3 Milliarden Euro und damit das Sechsfache des Jahresüberschusses für S 21 aufbringen. Wie soll das gehen?

Wir haben die gesamten Mehrkosten in unserer „Agenda für eine bessere Bahn" vollständig mit höheren Eigenmitteln und höherer Verschuldung hinterlegt. Da gilt für uns das Prinzip des vorsichtigen Kaufmanns. Wir wollen aber weiterhin mit unseren Projektpartnern klären, wie diese Mehrkosten verteilt werden können.

Immer wieder gibt es Gerüchte, Ihre Ablösung sei nur eine Frage der Zeit. Haben Sie noch Rückhalt bei der Regierung und den Arbeitnehmervertretern im Aufsichtsrat?

Wir haben als Bahnvorstand Ende letzten Jahres unsere „Agenda für eine bessere Bahn" vorgelegt. Im Sommer wird die neue Dachstrategie folgen. Das ist für mich der richtige Weg und dafür kämpfe ich, mit Herzblut und Leidenschaft – wie die letzten 25 Jahre, seit ich bei der DB bin.

— Das Gespräch führte Thomas Wüpper

ANZEIGE

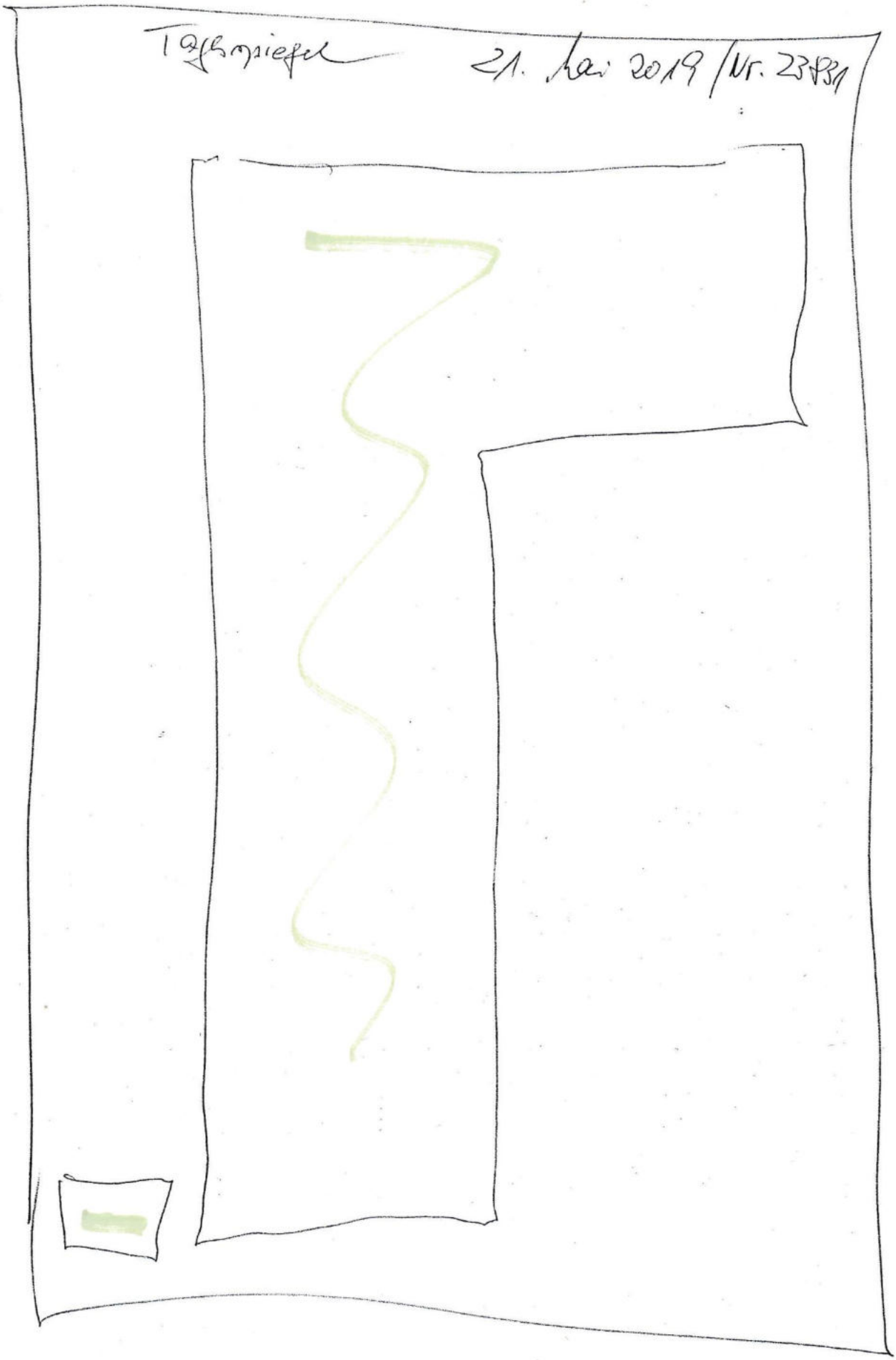
Für Unternehmen, die wachsen

Sie suchen die passende finanzielle Förderung, damit sich Ihr Geschäft vergrößern kann? Wir haben sie. Kompetent, zuverlässig und mit dem Ziel, Ihr Unternehmen langfristig erfolgreich zu machen. Sprechen Sie mit uns!
Hotline Wirtschaftsförderung: 030 / 2125-4747

ibb.de/wachsen

Investitionsbank Berlin

Tagesmieter 21. Mai 2019 / Nr. 2381



Frauenidol, 5 600–5 450 v.Chr., H 17 cm, Hacilar-Kultur, Südostanatolien/Türkei

„Rot/Weiß“

„Rot wie Blut und weiß wie Knochen – ein jahrtausende altes Symbol des Lebens

BOCZNA NAWA POŁUDNIOWA I SKRAJNA NAWA POŁUDNIOWA

38. Widok na nawę południową

39. Ołtarz Miłosierdzia Bożego

Muttergottesgläschen

Es hatte einmal ein Fuhrmann seinen Karren/ der mit Wein schwer beladen war/ festgefahren/ so daß er ihn trotz aller Mühe nicht wieder losbringen konnte. Nun kam gerade die Mutter Gottes des Weges daher/ und als sie die Not des armen Mannes sah/ sprach sie zu ihm: „Ich bin müd und durstig/ gib mir ein Glas Wein/ und ich will dir deinen Wagen freimachen." – „Gerne"/ antwortete der Fuhrmann/ „aber ich habe kein Glas/ worin ich dir den Wein geben könnte." Da brach die Mutter Gottes ein weißes Blümchen mit roten Streifen ab/ das Feldwinde heißt und einem Glase sehr ähnlich sieht/ und reichte es dem Fuhrmann. Er füllte es mit Wein/ und die Mutter Gottes trank ihn/ und in dem Augenblick ward der Wagen frei und der Fuhrmann konnte weiterfahren. Das Blümchen heißt noch immer Muttergottesgläschen.

aus: "Marienlob" Albrecht Dürer
1471-1528

Basilika Kolberg (29 juni 2019)

Von den Füßen auf den Kopf gestellt

Wolf Vostells „La Tortuga“, 1987, auf dem Gelände des Anhalter Bahnhofs

Normalerweise heißt die Redensart „Etwas vom Kopf auf die Füße stellen“. Zur 750-Jahr-Feier der Stadt Berlin im Jahr 1987 machte es der Aktionskünstler Wolf Vostell umgekehrt: Er legte am Anhalter Bahnhof für die Ausstellung „Mythos Berlin“ eine komplette Dampflokomotive wie eine Schildkröte auf den Rücken. Die auf dem Kopf stehende Skulptur nannte er „La Tortuga“. Sie sollte als Mahnmal auf den Missbrauch von Industrie und Technik für den Krieg hinweisen und symbolisch den Niedergang alter Industriezweige versinnbildlichen.

„Drei Kräne und eine Dampflokomotive (Aktion „La Tortuga“ von Wolf Vostell auf dem Gelände des Hamburger Bahnhofs), Foto © Friedhelm Denkeler 1987

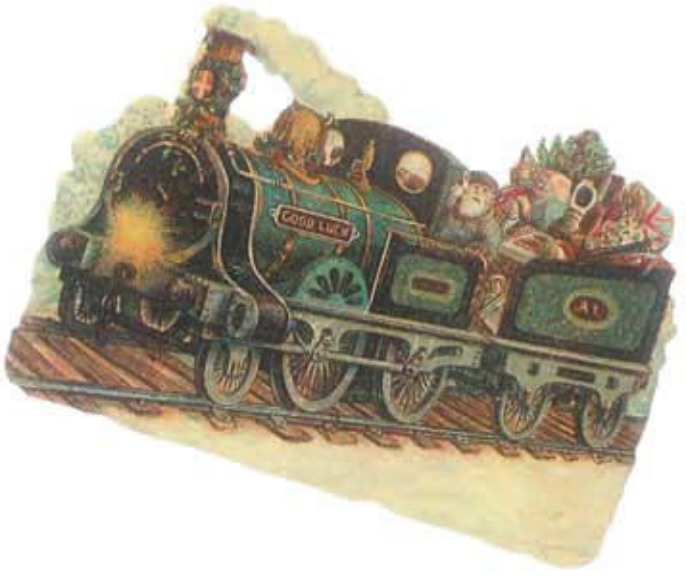
Am 1. August 1987 arbeiteten hinter dem Portikus des Anhalter Bahnhofs bis in die Abendstunden drei schwere Kräne daran, die Lokomotive in der Luft zu drehen und kopfüber wieder abzusetzen. Ein feinsinniger Moment und ein ästhetisches Event. 1993 gelangte die Skulptur zum Theater in Marl. Hier im Ruhrgebiet ist die wohl größte Skulptur von Vostell sehr passend platziert. Die Güterzuglokomotive der Baureihe 52 stammt aus dem Zweiten Weltkrieg; mit ihr hat die Deutsche Reichsbahn das Material an die Fronten, aber auch Menschen in Konzentrationslager transportiert. Mit diesem Wissen wurde aus dem Kunst-Event eine politische Aktion.

Wolf Vostel, „La Tortuga“ (Die Schildkröte), Foto © Friedhelm Denkeler 1987

Vostell war einer der Pioniere der Fluxus-Bewegung, bei denen die Grenzen zwischen (politscher) Kunst und Alltag aufgehoben wurden. Von dem im Jahr 1998 mit 65 Jahren verstorbenen Künstler stammt auch die Plastik „Zwei Beton-Cadillacs in Form der nackten Maja“ am Rathenauplatz, am oberen Ende des Kurfürstendammes. Sie ist Teil des Skulpturenboulevards anlässlich der 750-Jahr-Feier.

5. August 2014

Quelle: www.journal.denkeler-foto.de/2014/08/von-den-fuessen-auf-den-kopf-gestellt-tortuga-vostell/


GOOD LUCK

Ana Barbara von Keitz

10623 BERLIN, den 1. März 2020

Carmerstr. 9

VO-911 00-4-1/2017

An den Bundespräsidenten

Herrn Frank-Walter Steinmeier

Spreeweg 1

10557 B E R L I N

Unser Brief vom 22. Januar 2019

„Denn sie wissen, was sie tun."

Herr Steinmeier,

ich bin unsicher, wen ich - dem Protokoll entsprechend – nach Ihrer Antwort vom 28. Februar 2019 mit meiner Antwort heute ansprechen soll oder muß: Sie oder Herrn Hoppe: so wende ich mich weiterhin direkt an Sie in der Annahme, daß Sie das verständnisvoll regeln werden.

Ich bin auch insofern unsicher, weil Sie unseren Brief an Sie durch einen **Verbindungsoffizier beim Bundespräsidenten/Oberst i.G.** beantworten ließen.

Nach meinem zivilen Verständnis sind Sie der oberste Vertreter der zivilen Bundesrepublik Deutschland als Bundespräsident ein Zivilist: was hat ein Militär beruflich in Ihrer Nähe zu suchen?

Die Abkürzung **i.G.** war mir bis dahin unbekannt. Ich hantiere in meinem Alltag mit *i.A.* oder *i.V.* oder *dgl.* oder *u.s.w.*. So habe ich wieder etwas gelernt: **i.G.** steht für **im Generalstab.**

Ich bitte Sie, mir diesen Zusammenhang zu erklären. Eine Erklärung darüber ist mir persönlich und gesellschaftlich wichtig.

Der Brief, den ich oben genannt habe, wurde von zwei anderen Empörten mitgeschrieben. Diesen hier schreibe ich in eigener Verantwortung. Der Brief vom 22. Januar 2019 wurde geschrieben, nachdem wir von dem Teufelspakt zwischen der Deutschen Bahn und der Bundeswehr vom 1. Januar 2019 erfahren haben. Inzwischen wurden die Höllentore der Flugzeuge und Schiffe geöffnet und aus ihnen strömen Monster in Form von Menschen, Panzer, Lastkraftwagen und alles, was Menschen zum

Morden brauchen heraus. Für die Transporte wird das heilige Dunkel der Nächte vom Militär mißbraucht, damit sich keine „Störfälle" ereignen können. Die „Störfälle" sind die wenigen in unserem Volk, die Frieden brauchen, weil er für ihr Leben notwendig ist. Die Mehrheit unserer Bevölkerung wird nicht an Straßen, Brücken, Flüssen, Kasernen, Truppenübungsplätzen stehen, um allein mit ihren Körpern zu demonstrieren im Sinn des 1945 geleisteten Schwurs „Von deutschem Boden soll nie wieder Krieg ausgehen!"

Die handelnden, wissenden, schweigenden, sich hinwegduckenden Deutschen.

Die Gleich-Gültigen? Krieg oder Frieden?

Der Schwur von Buchenwald hat bereits 1945 seine Gültigkeit verloren. Seit 1945 mißbraucht das US-amerikanische Militär unser Land, um von ihm aus seine Kriege weltweit führen zu können.

Ich habe lange gezögert, überlegt, ob ich auf Ihre Antwort reagiere – statt shoppen zu gehen oder mich um meine Schönheit zu sorgen – gebe ich Zeit von meiner kostbaren Lebenszeit, um mich an Sie mit einer mir weiter unten stehenden sehr wichtigen Frage zu wenden. So kann ich auch wieder und wieder erkennen, daß in vergehender Zeit Geschehen wohnt, und zwar mit sehr unterschiedlichen Auswirkungen.

Ich glaube Ihnen, daß Sie viel zu tun haben. Ich möchte nicht in Ihrer Haut stecken.

Ich beziehe mich nur auf einen Punkt in Ihrem Brief: „das Ende des Zweiten Weltkrieges jährt sich zum 75. Mal."

Ja, es ist wahr, daß es in diesem Jahr 75 Jahre her ist, daß die Völker der Sowjetunion durch ihre Rote Armee das deutsche Volk unter hohen Verlusten von Menschenleben vom deutschen Faschismus befreit haben. Ihr Beitrag dazu war der Größte unter den vier Alliierten.

Für mich ist es zutiefst beschämend, daß in diesen vielen Jahrzehnten weder eine Bundeskanzlerin noch eine Bundespräsidentin die Völker der Sowjetunion um Vergebung gebeten hat. Der Einzige, der verbindliche Worte zu unserer Schuld gesagt hat, war Herr von Weizsäcker aus Anlaß der 40.Wiederkehr unserer Befreiung vom Faschismus. Er wagte es, das Wort B e f r e i u n g auszusprechen.

Am Tag unserer Befreiung vom Faschismus, dem 8. Mai und dem 9. Mai, dem Tag des Sieges der sowjetischen Völker über den deutschen Faschismus, soll der Höhepunkt des Frühjahrsmanövers im gastfreundlichen Litauen - das größte Frühjahrsmanöver seit 25 Jahren - „DEFENDER EUROPE 2020" stattfinden: im Rahmen der NATO unter der Führung der US Armee und unter Federführung der Bundeswehr als „Speerspitze" geplant.

Deutsche Soldaten werden seit 1941 wieder an der Grenze Rußlands stehen.

Der 9. Mai ist in Rußland ist ein Feiertag, ein Tag der Freude darüber, daß die Menschen befreit sind von der Angst versklavt, ausgebeutet, gemordet, all ihrer verschiedensten Schätze beraubt zu werden. Ich beschreibe dies ausführlicher, weil für mein geschichtliches Wissen ein militärisches Manöver dort und nicht nur dort unmöglich war, ist und sein wird.

Die Benennung dieses Manövers in englischer Sprache **„DEFENDER EUROPE 2020"** heißt in deutscher Sprache **„VERTEIDIGUNG EUROPA's 2020 ff."**. So genannt ist es Lüge, Betrug. Es bereitet einen **Krieg gegen Rußland** (konventionell geplant!) und damit Eurasien vor.

Die Sonne, die über dem Pazifik aufgeht, wird das vergossene Blut nicht trocknen können bis sie im Atlantik untergeht.

Und nun zu meiner oben angesprochenen Frage:

Ist es wahr, Herr Steinmeier, daß Sie die letzte Verantwortung als oberster Chef des BND Ende 2002 die Weitergabe einer kriegsstiftenden Fälschung an die CIA erlaubten und deckten?

Ich bitte Sie, mir diese Frage zu beantworten.

Sie beendeten Ihren Brief mit einem Zitat von Willy Brandt: „Der Frieden ist nicht alles, aber alles ist ohne ihn nichts." Das ist wahr.

Ich möchte in Erinnerung rufen, daß Willy Brandt 1973 in der Zeit des Yom Kippur Krieges dem US-Militär die Überflug- und Landerechte über und in Deutschland untersagt hat.

Mit zwei Zitaten von Brecht schließe ich meinen Brief:

„Der Sinn des Menschen ist der Mensch" ~ „Der Feind des Menschen ist der Mensch"

Wir haben jeden Augenblick die Wahl.

Mögen wir fähig werden zu innerem und äußerem Frieden fern und nah

P. S.: Collage von Ana Barbara von Keitz, 2000, (Gemälde „Sixtinische Madonna" von Raffael, ca. 1515, Fotografie von Dr. Al-Azzawi, Bagdad, Bagdad-Hospital, 2000).

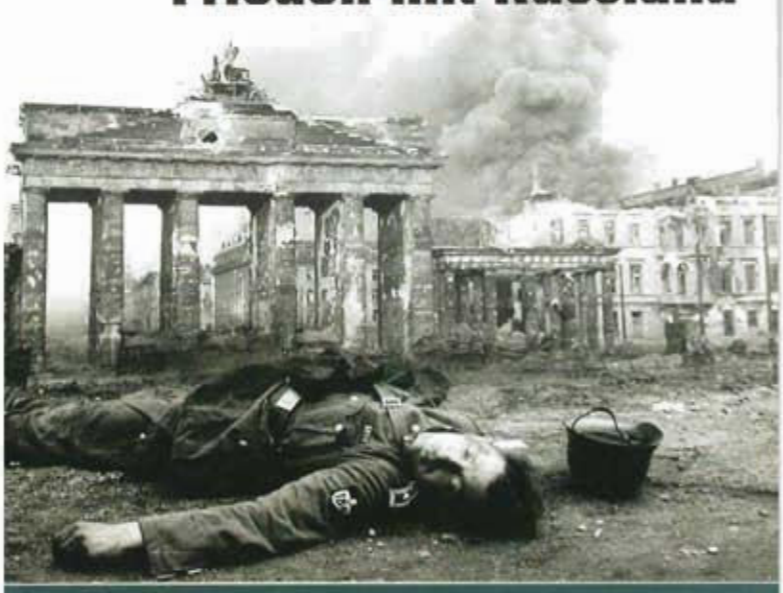
Eine und neun weitere Anlagen

ca. 6000 Jahre alt

Anatoli Garanin

aus Fotoreportage II: Weltkrieg (Sowjetunion 1941-45)

NIE WIEDER KRIEG
Frieden mit Russland



AntiWarNews.org

AntiKriegsNachrichten.de

Im Krieg stirbt die Wahrheit zuerst. Kritische Medien informieren:

Hintergrund | JungeWelt | Der Freitag | WeltnetzTV | AntikriegTV
Telepolis | Nachdenkseiten | Neues Deutschland | AG Friedensforschung

english: DemocracyNow | RussiaToday | PressTV | TeleSUR
WorldBeyondWar | CounterPunch | TruthOut

Tausende Tonnen Atommüll als Munition verschossen

DB

Hat mein Zug wieder Verspätung?

Das haben Sie sich als Fahrgast der Deutschen Bahn wahrscheinlich schon oft gefragt, hoffend, dass die Bahn zu ihrer alten Zuverlässigkeit zurückkehrt.

Aber diese Hoffnung wird sich wohl nicht erfüllen.

Denn die Bundesbahn hat klammheimlich mit der Bundeswehr einen Vertrag über die Bereitstellung von 300 Waggons und Lokomotiven zusätzlich zu den bereits von ihr gesicherten 280 Flachwagen abgeschlossen. Damit sind 12% des europaweit verfügbaren Bestandes an Flachwagen für die Bundeswehr reserviert.

NEIN zu Kriegsmanövern!

STOPP DEFENDER 2020

Ja zu Frieden mit Russland, Entspannungspolitik und Abrüstung!

Für April und Mai 2020 plant die US-Army, unter Beteiligung von 16 NATO-Staaten sowie Finnland, mit insgesamt 37.000 Soldatinnen und Soldaten eines der größten Manöver von Landstreitkräften in Europa seit Ende des Kalten Krieges. Dafür werden 20.000 US-GIs mit entsprechendem schweren Kriegsgerät über den Atlantik und anschließend quer durch Europa möglichst nah an die russische Grenze transportiert. Ziel des Manövers ist, neben der Zurschaustellung militärischer Überlegenheit, die blitzschnelle Verlegung kampfstarker Großverbände aus den USA an die NATO-Ostflanke zu üben. Und das, obwohl es keine Anzeichen dafür gibt, dass Russland einen Angriff plant. Im Gegenteil: die NATO hat viermal so viele Soldatinnen und Soldaten und gibt 15mal mehr für sein Militär aus als Russland, das seine Rüstungsausgaben sogar noch senkt.

Deutschland wird zur Drehscheibe der Truppenverlegungen dieses Kriegsmanövers und stellt das zweitgrößte Truppenkontingent. Fast alle Bundesländer sind direkt betroffen. Während der Transporte sind schwere Einschränkungen des Straßen- und Schienenverkehrs zu erwarten. Der Transport durch Deutschland soll Mitte April abgeschlossen sein. Die Kriegsübungen finden in mehreren Ländern statt, auch in Bayern. In den baltischen Ländern und Polen enden sie am 22. Mai.

Die an der russischen Grenze stattfindenden Manöver bergen die Gefahr einer direkten Konfrontation zwischen militärischen Verbänden von NATO und Russland in sich.

Auch der Zeitpunkt scheint nicht zufällig gewählt: Im Mai wird der 75. Jahrestag der Befreiung Europas vom deutschen Faschismus gefeiert. 60 Millionen Menschen fielen diesem zum Opfer, davon allein in der Sowjetunion 27 Millionen. Mit „Defender 2020" senden die ehemaligen Verbündeten der Sowjetunion, die USA, Großbritannien und Frankreich, ein schamloses Signal an Russland und marschiert deutsches Militär wieder an die russische Grenze.

Statt dieser Provokation sind Entspannungspolitik und kooperative Beziehungen mit Russland das Gebot der Stunde. So wie es 1990 in der Charta von Paris von allen europäischen Staaten einschließlich Sowjetunion, USA und Kanada gemeinsam formuliert wurde: „Das Zeitalter der Konfrontation und der Teilung Europas ist zu Ende gegangen. Wir erklären, dass sich unsere Beziehungen künftig auf Achtung und Zusammenarbeit gründen werden."

Im „2 plus 4"-Vertrag von 1990, der Grundlage der deutschen Einheit, wurde vereinbart: von deutschem Boden soll nur Frieden ausgehen. Dies ist auch der Kerngedanke des Grundgesetzes, dies muss die Grundlage deutscher und europäischer Politik sein.

Für diese Ziele treten wir ein und sagen entschieden:
NEIN zum NATO-Kriegsmanöver „Defender 2020"!

Wir fordern von der Bundesregierung:

- **Entspannungspolitik und politische Konfliktlösungen statt militärischer Konfrontation**
- **Kooperation mit Russland in einem gemeinsamen Haus Europa**
- **Konsequente Abrüstung und Umverteilung der freiwerdenden Mittel**

Geht mit uns auf die Straßen, protestiert dort, wo ihr arbeitet und lebt!

www.antidef20.de und **www.frikoberlin.de**

Berliner Bündnis „Stopp Defender 2020" V.i.S.d.P.: Laura von Wimmersperg, Hauptstraße 37, 10827 Berlin

Ana Barbara Gabriele Keramika Banausin GoldbachvonKeitz
Berlin, 8. März 2020